

Öffentliche Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages Friesland am 14.12.2020
im Restaurant "Tivoli", Windallee 21, 26316 Varel

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 17:25 Uhr

Teilnehmer/innen:

Mitglieder

Ambrosy, Sven	
Bastrop, Heide	
Bittner, Kathrin	Online-Teilnahme
Bödecker, Anne	
Chmielewski, Iko	
Eilers, Claus	
Esser, Martina	
Funke, Karl-Heinz	
Gäde, Manfred	Online-Teilnahme
Gburreck, Fred	
Homfeldt, Axel	
Janßen, Dieter	
Just, Janto	
Kaiser-Fuchs, Marianne	
Kühne, Lars	
Kujath, Dörthe	
Langer, Walter	
Loers, Diedrich	
Michaelis, Friedhelm	Online-Teilnahme
Müller, Alfred	
Neugebauer, Axel	
Onnen-Lübben, Reinhard	
Osterloh, Uwe	
Pauluschke, Bernd	
Ramke, Michael	
Ratzel, Gerhard	
Recksiedler, Raimund	
Schlieper, Ulrike	
Schönbohm, Heiko	
Sieckmann, Heinke	
Sudholz, Melanie	
Tammen, Reiner	
Ulfers, Holger	
Wilken, Wilhelm	
Wittke, Agnes	Online-Teilnahme
Zerth, Britta	Online-Teilnahme
Zerth, Stephan	Online-Teilnahme
Zillmer, Dirk	

Angehörige der Verwaltung

Borgmann, Lukas
Dehrendorf, Martin, Dr.
de Vries, Britta
Karmires, Nicola
Niebuhr, Bernd
Vogelbusch, Silke
Wolf, Andreas

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Vorsitzender Pauluschke eröffnet die Kreistagssitzung um 14:30 Uhr, die als hybride Sitzung sowohl in Präsenz, als auch durch Teilnahme von Abgeordneten per Meeting-Software „GoToMeeting“ stattfindet. Er begrüßt sowohl die Kreistagsmitglieder im Saal, als auch diejenigen, die im Rahmen der Videokonferenz zugeschaltet sind. Die Pressevertreter*innen, die Bürger*innen sowie die Verwaltungsmitarbeiter*innen heißt er ebenfalls herzlich willkommen.

Einen besonderen Willkommensgruß richtet Herr Pauluschke an Herrn Bürgermeister Wagner von der Stadt Varel.

In einer Schweigeminute wird dem am 4. November 2020 verstorbenen Herrn Georg Schweda als ehemaliges Kreistagsmitglied gedacht.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr KTV Pauluschke stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. In Präsenz nehmen im Saal 32 Mitglieder teil und über die Videokonferenz sind der Sitzung die 6 Abgeordneten: Kathrin Bittner, Manfred Gäde, Friedhelm Michaelis, Agnes Wittke sowie Britta und Stephan Zerth zugeschaltet. Es nehmen somit insgesamt 38 Mitglieder teil.

Von der Sitzung abgemeldet haben sich die 5 KTA Dieter Behrens-Focken, Bärbel Herfel, Heiner Haesihus, Olaf Lies, Peter Nieraad.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird unter TOP 9.8.6 um den Antrag von Herrn KTA Just vom 11.12.2020 ergänzt und danach einstimmig festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 7. Oktober 2020

Die öffentliche Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen oder Anmerkungen gestellt.

Grußwort von Bürgermeister Wagner, Stadt Varel

Herr Bürgermeister Wagner hält namens der Stadt Varel ein Grußwort und richtet hierzu vorab ein herzliches Dankeschön an alle Menschen, die derzeit in Kindergärten, Schulen, Alten-/ Pflegeberufen, Krankenhäusern tätig sind oder auch zu Hause ihre Angehörigen pflegen bzw. Kinder betreuen. In diesen schweren Corona-Zeiten stünden diese Bereiche in einem besonderen Fokus, um hierdurch den Zusammenhalt in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

Nach vielen intensiven Gesprächen haben die Kämmerer der Städte und Gemeinden eine Grundlage zur Vorbereitung des Haushalts und der Kreisumlage zusammengestellt. Diese Mitteilung der Kämmerer ist den regionalen Zeitungen weitergeleitet worden, woraufhin Herr Bürgermeister Wagner von einigen Stellen zitiert worden sei, obwohl er keine Gespräche mit den entsprechenden Redakteur*innen geführt habe. Dies habe zu einigen Irritationen und vielen Anfragen geführt, so Herr Wagner. Er habe diese Aussagen in der Presse nicht getätigt.

Vielmehr stellen die vielen intensiven Gespräche, die zwischen den Bürgermeistern und dem Landrat stattgefunden haben, eine gute Grundlage für die Höhe der jetzt vorgeschlagenen Kreisumlage dar. In einer gemeinsamen Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz von Städten, Gemeinden und Landkreis, die erst heute Morgen stattgefunden habe, hätten sie sich einstimmig auf eine Senkung der Kreisumlage auf 46 Punkte verständigt. Dies sei ein guter Schritt, der auch den 2018 zwischen den Bürgermeistern und dem Landrat geschlossenen „Zukunftspakt Friesland“ widerspiegele, so Herr Wagner. Weiterhin sei es wichtig, sich im Februar 2021 noch einmal zu dem Zahlenwerk der Kämmerer gemeinsam zu treffen und in eine Diskussion, insbesondere über die Bereiche Kita, Feuerwehr, Schulen, Gemeinde-/ Kreisstraßen, Krankenhäuser, einzusteigen. Der eingeschlagene „friesische Weg“ könne so weitergegangen werden. Die Gespräche seien nicht immer einfach, aber sie führen zu guten Ergebnissen, die die Bedarfe und Leistungsfähigkeiten der Kommunen und des Landkreises offenbaren.

Zur Verabschiedung überreicht Herr Bürgermeister Wagner dem Landrat und dem Vorsitzenden, stellvertretend für den Kreistag, mit dankenden Worten je ein Präsent in Form eines 1000 Teile Puzzles mit Motiven der Stadt Varel.

Anlage:

Zukunftspakt Friesland_06.2018

Öffentliche Berichte und Vorlagen

TOP 6 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 28. Oktober 2020 (keine)

TOP 7 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 11. November 2020

TOP 7.1 Ausstattung der Schulgebäude; hier: Beschaffung mobiler Belüftungsgeräte (Kenntnisnahme der Eilentscheidung des Kreisausschusses gem. § 89 NKomVG); Vorlage: 1071/2020

Beschluss in Abänderung des Beschlussvorschlages:

Die Verwaltung wird im Rahmen einer **Eilentscheidung nach § 89 NKomVG** ermächtigt, mobile Belüftungsgeräte für die kreiseigenen Schulen zu leasen bzw. – wenn diese Möglichkeit nicht besteht – die Geräte zu kaufen. Bei bestehendem Bedarf können mehr als 17 Geräte beschafft werden. Die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von derzeit maximal 70.000 € wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

zustimmend zur Kenntnis genommen

Ja:	38
Nein:	-
Enthaltung:	-

TOP 8 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 25. November 2020

TOP 8.1 Durchführung einer überörtlichen Prüfung des Landesrechnungshofs im Kreismedienzentrum Friesland; Vorlage: 1014/2020

Beschluss:

Die Prüfungsmittelung der überörtlichen Kommunalprüfung des Niedersächsischen Landesrechnungshofs Niedersachsen zur vergleichenden Prüfung des Kreismedienzentrums Friesland wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zustimmend zur Kenntnis genommen

Ja:	38
Nein:	-
Enthaltung:	-

TOP 8.2 Einrichtung eines COVID-19-Impfzentrums im Landkreis Friesland sowie Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln; Kenntnisnahme der Eilentscheidung des Kreisausschusses gem. § 89 NKomVG Vorlage: 1097/2020

Herr Landrat Ambrosy bedankt sich für die Eilentscheidung über die außerplanmäßigen Haushaltsmittel, da erst vor 3 Wochen festgelegt worden sei, dass Friesland ein Impfzentrum einrichten solle. Für das Impfzentrum, welches sich in Roffhausen in der ehemaligen Heinz-Neukäter-Schule befindet, sei vorab ein Impfstab unter der Leitung von Timo Tetz (Fachbereich Soziales und Senioren) und Bernd Niebuhr (Dezernat Recht und Ordnung) gegründet worden. Das Konzept hierzu sei vom Land sofort nach Vorlage und ohne weitere Anmerkungen oder Änderungsnotwendigkeiten bewilligt worden. Das Impfzentrum konnte heute bereits der Presseöffentlichkeit vorgestellt werden und morgen werde dem Innenministerium der Vollzug gemeldet. Herr Landrat Ambrosy schildert das geplante Impfverfahren. Das Impfzentrum sei schon jetzt soweit betriebsbereit, dass eine Impfstraße und zwei mobile Impfteams vorgehalten werden, um sofort einsatzbereit zu sein, wenn die erste Impfstofflieferung (voraussichtlich Anfang Januar) eintreffe. Zuerst werde mit den Impfungen in den Alten-/ Pflege- sowie den Behinderteneinrichtungen begonnen. Einen großen Dank richtet Herr Ambrosy vor allem an die Unterstützer, wie das THW für die technische Infrastruktur, an das DRK, auch wenn der Landkreis Friesland der Träger des Impfzentrums ist, sei die Dienstleistung vor Ort durch die Mitarbeiter des DRK sichergestellt und an die Johanniter für die mobilen Impfteams. Damit sei der Landkreis sehr gut aufgestellt für diese Aufgabe, so der Landrat. Er spricht den Mitgliedern des Kreistages eine Einladung aus, um sich selber ein Bild von dem beeindruckenden Ergebnis des Impfzentrums in Roffhausen (Treffpunkt: Parkplatz der ehem. Heinz-Neukäter-Schule) am 15.12.2020, um 14 Uhr zu machen. Dafür richtet er insbesondere seinen Dank an den Kreistag für die Unterstützung.

Beschluss (Eilentscheidung KA):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung und den Betrieb eines COVID-19-Impfzentrums nach den Vorgaben des Landes Niedersachsen umzusetzen. Dafür werden Mittel in Höhe von 1.000.000,- € außerplanmäßig im Haushaltsjahr 2020 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

zustimmend zur Kenntnis genommen

Ja:	38
Nein:	-
Enthaltung:	-

TOP 9 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 10. Dezember 2020

TOP 9.1 Abschluss einer Budgetvereinbarung mit der STEP gGmbH als Träger der Suchtberatung Friesland für das Jahr 2021; (A+S 24.11.) / Beschlussfassung unter Berücksichtigung der nichtöffentlichen Informationen TOP 6.1 Vorlage: 1054/2020

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit der STEP gGmbH eine Budgetvereinbarung für das Jahr 2021 in Höhe von 208.740,00 EUR abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja:	38
Nein:	-
Enthaltung:	-

TOP 9.2 Vorstellung einer qualifizierten Raumbedarfsanalyse der Kreisverwaltung Friesland für den Standort Jever (BauA 26.11.); Vorlage: 1077/2020

Beschluss:

1. Aufgrund der anliegenden Raumbedarfsanalyse wird die Verwaltung beauftragt, Planungen für eine Erweiterung des Verwaltungsstandortes Jever zu veranlassen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Gremien eine Variantenanalyse vorzulegen, in der eine fachbereichsbezogene Aufteilung der Raumbedarfe auf den Hauptstandort „Lindenallee“ sowie auf den Standort „Am Bullhamm“ vorgeschlagen wird.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt bei 1 Enthaltung

Ja:	33
Nein:	4
Enthaltung:	1

TOP 9.3 Fortschreibung des Masterplanes an Kreisstraßen 2019 bis 2024; Bauprogramm an Kreisstraßen 2021 (BauA 26.11.); Vorlage: 1079/2020

Beschluss:

Der Fortschreibung des Masterplans Kreisstraßen für 2021 ff. in der vorgelegten Form wird zugestimmt.

Die Einstellung der erforderlichen Finanzmittel bleibt der Haushaltsplanung für 2021 vorbehalten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja:	37
Nein:	1
Enthaltung:	-

TOP 9.4 Beitritt Wattenmeer Forum (WSF); (UmwA 01.12.); Vorlage: 1088/2020

Herr KTA Tammen wirbt für eine breite Zustimmung, wie sie schon im Umweltausschuss vorgelegen habe und bittet den Kreistag möglichst geschlossen dem Beitritt zum Wattenmeer Forum zuzustimmen. Er erläutert, dass hierbei die Sicht auf die Gesamtheit maßgeblich sei, d. h. nicht nur das Wattenmeer solle im Vordergrund stehen, sondern vor allem die Menschen, die hier leben, arbeiten und Urlaub machen, also alle Parteien von den Bewohnern, über die Landwirtschaft bis zum Tourismus. Es gehe darum, Konzepte zum besseren Umgang mit dem Weltnaturerbe zu erarbeiten. Als Beispiel hierfür habe die Gemeinde Wangerland bereits Gelder erhalten, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken. Die Beitrittsgebühren zum Wattenmeer Forum seien daher mit 5.000 Euro pro Jahr nicht zu hoch. Alle Küstenregionen entlang der ostfriesischen Halbinsel sollen hierbei mitwirken, so dass ein Verbund von Holland bis Dänemark entstehen würde, hiervon solle sich der Landkreis Friesland dann möglichst nicht ausschließen, so Herr Tammen.

Beschluss:

Der Landkreis Friesland tritt dem Wattenmeerforum (WSF) e.V. mit Wirkung vom 01.01.2021 bei. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 5.000 € pro Jahr.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei 1 Enthaltung

Ja:	37
Nein:	-
Enthaltung:	1

Anlage:

Mitgliedschaft im WSF „Wadden Sea Forum (Wattenmeer Forum)“ ab 1. Januar 2021; nächste Plenarversammlung findet vom 17. - 18. März 2021 in Skaerbaek, Dänemark statt – der Landkreis Friesland wird dort offiziell dem Forum als neues Mitglied vorgestellt.

TOP 9.5 Annahme von Strauchschnitt (Aufbau von Annahmestellen); hier: Abstimmung über Varianten; Vorlage: 1106/2020

Beschluss:

Die Annahme von kostenpflichtigem Heckenschnitt auf dem Wertstoffhof Varel erfolgt nach Rückmeldung durch die Fa. Nehlsen entsprechend Buchstabe b der Vorlage:

Stunden kürzen und ein Tag zusätzlich (hier Mittwoch)

Montag	12:00 - 17:00 Uhr	(alle Abfälle)
Mittwoch	13:00 - 18:00 Uhr	(nur Grünabfälle)
Freitag	08:00 - 12:00 und 12:30 - 17:00 Uhr	(alle Abfälle)
Samstag	08:00 - 12:00 Uhr	(alle Abfälle)

22,5, 1,5 (2,5) Zusatzstunden

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja:	38
Nein:	-
Enthaltung:	-

TOP 9.6 Jahresabschluss des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2017; Beschluss über den Jahresabschluss und die Entlastung des Landrates (WTKF 09.12.); Vorlage: 1104/2020

Dem Jahresabschluss 2017, sowie der Entlastung des Landrates stimmt der Kreistag einstimmig zu. (Für die Abstimmung über die Entlastung des Landrates rückt dieser sichtbar von der Sitzungsrunde ab.)

Herr Landrat Ambrosy spricht seinen Dank aus und sagt weiterhin eine gute Zusammenarbeit zu.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt den Jahresabschluss 2017 des Landkreises Friesland.
2. Die noch nicht bewilligten über- und außerplanmäßigen Auszahlungen und Aufwendungen 2017 werden nachträglich bewilligt.
3. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 18.945.151,72 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
4. Der Verlust des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von - 2.550.618,18 Euro wird mit der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet.
5. Der Kreistag erteilt dem Landrat gem. § 129 Abs. 1 NKomVG für den Jahresabschluss 2017 Entlastung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt:

- 1.-4. Ja-Stimmen= 38
5. Ja-Stimmen= 37 (ohne Landrat)

TOP 9.7 Neubau B-Trakt Mariengymnasium Jever; hier: Feststellung von Mehrkosten nach Vorlage der Schlussrechnungen - Außerplanmäßige Ausgaben (WTKF 09.12.); Vorlage: 1105/2020

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Ausgabe für das Bauvorhaben Neubau B-Trakt am Mariengymnasium Jever in Höhe von 501.500,-€ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja:	38
Nein:	-
Enthaltung:	-

Haushalt 2021:

TOP 9.8 Haushaltsplan (Ergebnis- und Finanzhaushalt) und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 (WTKF 09.12.); Vorlage: 1102/2020

Mit einleitenden Worten zum Haushalt hält Herr Landrat Ambrosy fest, dass „wir uns aufgrund der Corona-Pandemie, die seit dem Frühjahr 2020 grassiert, in einer besonderen Sitzung, in einem besonderen Jahr, befinden“. Es habe den Landkreis viel an Kosten und Mühen abverlangt, aber es bestehe große Hoffnung auf eine langfristige Verbesserung der Lage, da in kurzer Zeit Impfzentren/mobile Impfteams geschaffen werden konnten, um die anstehenden Impfungen gegen das Coronavirus durchführen zu können. Zur Erreichung einer sog. Herdenimmunität sind die Impfvorbereitungen und damit verbundenen Maßnahmen extrem wichtig, so Herr Landrat Ambrosy.

Im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen gelte sein besonderer Dank den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden im Landkreis Friesland, die sich unter anderem auch an den intensiven Diskussionen um die Kreisumlage und sonstige Schwerpunkte des Haushaltes 2021 beteiligt und eingebracht haben.

Unmittelbar vor der Kreistagssitzung hat die **Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten** erfolgreich stattgefunden, von der Herr Ambrosy den folgenden **einstimmigen Beschluss** verkündet:

Beschluss der HVB-Konferenz vom 14.12.2020 (siehe Anlage):

Die Städte und Gemeinden des Landkreises Friesland sind einverstanden mit der Höhe der Kreisumlage von 46 Punkten für das Haushaltsjahr 2021. Es werden im Februar im Arbeitskreis der Kämmerer alle notwendigen Zahlen und Daten im Soll und im Ist zusammengetragen, um die Bedarfe und die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden und die Bedarfe und Leistungsfähigkeit des Landkreises Friesland festzustellen und miteinander zu vergleichen. Dabei sollen auf der gemeindlichen Ebene insbesondere die Kosten im Bereich der Kindertagesstätte betrachtet und untersucht werden sowie die der Grundschulen, des Straßenbaus und des Feuerwehrwesens. Beim Landkreis Friesland sind dies insbesondere die Bedarfe des Krankenhaus- und Gesundheitswesens, der Schulen und des Straßen- und Radwegebaus. Ziel der Untersuchung ist eine möglichst gerechte Finanzausstattung der gemeindlichen und der Kreisebene. Die Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten wird konkrete Vorschläge zur Vorlage für die politischen Gremien erarbeiten.

Herr Landrat Ambrosy stellt damit klar, dass durch diesen Beschluss die bisherige Forderung der Kämmerer der Städte und Gemeinden zur Senkung der Kreisumlage auf 43,4 Punkte obsolet sei.

Er stellt rückblickend fest, dass der Haushaltsvollzug mit Augenmaß eingehalten worden sei, obwohl der Landkreis und auch die Kommunen vor den Beratungen gezwungen waren, ihre finanziellen Mittel aufgrund der Mehrausgaben, die der Corona-Pandemie geschuldet waren, umzuschichten. In Voraussicht auf einen Abfall der 7-Tagesinzidenz auf unterhalb von 100 Infektionen pro 100.000 Einwohner*innen reihe sich der Landkreis Friesland damit bundesweit unter den Kommunen mit den geringeren Gesamt-Infektionsgeschehen ein. Es bedürfe dennoch derzeit keiner zusätzlichen Maßnahmen für den Landkreis Friesland, da sich die Infektionen überwiegend in Einrichtungen zutragen, deren Infektionsketten nachvollziehbar und weitere Infektionen dadurch eingrenzbare seien, so der Landrat. In diesem Zusammenhang dankt Herr Ambrosy allen freiwilligen Helfer*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen, insbesondere auch allen Bundeswehresoldat*innen, DLRG-Helfer*innen und vielen weiteren, die das Gesundheitsamt unterstützen und bei der Nachverfolgung eingesetzt sind.

Mit den derzeitigen Finanzhilfen von Bund und Land konnten die Mehraufwendungen von Landkreis, Städten und Gemeinden größtenteils abgedeckt werden, berichtet Herr Ambrosy. Diese Entlastungen wurden auf Landkreisebene durch eine stärkere Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft (KdU) erzielt und auf kommunaler Ebene durch Entlastungen des Gewerbesteuerenausgleiches in Höhe von 850 Mio. Euro. Für das Jahr 2021 werden für den Landkreis auch weiterhin eine aufmerksame Betrachtung der aktuellen Lage und eher vorsichtige Kalkulationen auf der Tagesordnung stehen, um das bislang in der mittelfristigen Finanzplanung vorhergesagte erhebliche Minus zu vermeiden. Aus diesem Grund setze der Haushaltsplan 2021 die Schwerpunkte beim Breitbandausbau, den Schulen und dem Gesundheitswesen, so Herr Landrat Ambrosy.

Die Abstimmung über den Haushalt 2021 erfolgt in der **Gesamtabstimmung** zum Haushaltsplan unter **TOP 9.10**.

Anträge zum Haushalt 2021:

TOP 9.8.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.11.2020 (Modif. der Fassung vom 02.10.2020)

Herr KTA Zillmer stellt namens der CDU-Fraktion den Antrag noch einmal vor und macht hierbei deutlich, dass die CDU einer Senkung der Kreisumlage um 4 Punkte zugestimmt hätte, wenn die vormalig vom Kreistag (Sitzung vom 27.06.2018) beschlossene Dauerzuwendung der Kita-Betriebskosten an die Städte und Gemeinden in Höhe von 1,7 Mio. Euro hierbei hinzu- und nicht hineingerechnet worden wäre. Aus diesem Grund stelle er neben der gesenkten Kreisumlage den Antrag, den Städten und Gemeinden diesen Zuschuss nach dem derzeit vorhandenen Verteilungsschlüssel weiterhin zukommen zu lassen. Der 3. Punkt seines Antrags sehe vor, eine gestaffelte Kostenübernahme der ungedeckten Kita-Personalkosten bis zum Haushaltsjahr 2025 zu vereinbaren, so dass die Kommunen hierbei entlastet werden und dadurch nur noch den Verwaltungsaufwand und die Liegenschaftskosten zu tragen haben. Der vor Jahrzehnten zwischen den Kommunen und dem Landkreis geschlossene Betreuungsvertrag sei entsprechend anzupassen. Abschließend beantrage er, dass die Baumaßnahmen für die Elisabeth-Kauffeld-Schule vorgezogen und andere nicht dringliche Maßnahmen dafür verschoben werden.

Frau KTA Schlieper erklärt namens der Mehrheitsgruppe SPD/Grüne/FDP diesem Antrag nicht zuzustimmen. Als Grund benennt sie die im Vorfeld zwischen den Kommunen und dem Landkreis erzielte Einigung über die Senkung der Kreisumlage um 4 Punkte auf 46 Punkte. Dieser Einigung schließe sie sich aus Sicht der Kreispolitik lieber an, als Gelder zu verteilen, die nicht vorhanden seien oder die eine Kreditaufnahme erforderlich machen.

Herr KTA Neugebauer bekundet sich namens der Gruppe ZV/SWG/UWG in Teilen dem Antrag der CDU-Fraktion anzuschließen, da die Senkung der Kreisumlage der langjährigen Forderung seiner Gruppe entspreche. Er mache jedoch darauf aufmerksam, dass die Senkung aufgrund der Wertsteigerung eines Kreisumlagepunktes geringe Entlastung für die Kommunen bewirke. Zudem sei er ebenfalls gegen die Aufhebung des Kita-Betriebskostenzuschusses an die Kommunen in Höhe von 1,7 Mio. Euro. Positiv sei die gemeinsame Haushaltsberatung im Vorfeld zwischen den Kommunen und dem Landkreis zu bemerken, die zudem die Senkung der Kreisumlage erzielt habe, so Herr Neugebauer. Wie die CDU sei auch seine Gruppe für die Einrichtung eines Arbeitskreises zwischen den Verwaltungen der Kommunen, des Landkreises und der Politik.

Herr KTA Just stimmt der CDU zu und unterstützt ebenfalls die beiden Bestandteile des CDU-Antrages zur Beibehaltung des Kita-Betriebskostenzuschusses und der Einrichtung eines Arbeitskreises, zur Erreichung einer vollständigen Kostenübernahme der ungedeckten Kita-Personalkosten. Unter Angabe von Rechenbeispielen, welche die Haushaltsdefizite der Kommunen im Soll bezeichnen, mit der Einigung und Senkung sei zwar ein erster guter Schritt getan, jedoch bestehe weiterhin ein finanzielles Missverhältnis zwischen den Kommunen und dem Landkreis, welches zwischen den Haushalten, den Leistungsfähigkeiten und den Bedarfen der Kommunen ausgeglichen werden müsse.

Herr KTA Zillmer macht noch einmal deutlich, dass durch eine Umplanung im Haushalt ggf. keine zusätzliche Kreditaufnahme erforderlich werden würde, er schließe dies jedoch nicht aus. Der im Kreistag am 27.06.2018 gefasste Beschluss, die Kommunen jährlich mit einem Kita-Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1,7 Mio. Euro zu unterstützen, müsse dennoch, trotz der gesenkten Kreisumlage, weiterhin gelten. Aus diesem Grund halte die CDU-Fraktion an diesem Antrag fest.

Herr Landrat Ambrosy erklärt hierzu, dass es der ausdrückliche Wunsch der Kommunen gewesen sei, nicht mehr im Vorfeld eine relativ hohe Kreisumlage zu leisten, um am Jahresende in Form einer Sonderausschüttung wieder Finanzmittel zurück zu erhalten. Im Einvernehmen sei daher zwischen Kommunen und Landkreis beschlossen worden, diesen Kita-Betriebskostenzuschuss in die gesenkte Kreisumlage mit einzubeziehen (2 Punkte entsprechen hierbei einem Wert von ca. 2,2 Mio. Euro). Durch die Senkung um 4 Punkte verbleibe den Städten und Gemeinden nach Abzug der 1,7 Mio. Euro (Kita-Betriebskostenzuschuss) eine echte Nettoentlastung in Höhe von 2,7 Mio. Euro. Dies sei auch in dieser Form mit den Kommunen kommuniziert worden und dem wurde einvernehmlich zugestimmt.

Zu den Ausführungen von Herrn KTA Just macht er noch einmal deutlich, dass es zielführender sei, über die Ist-Zahlen am Ende des HH-Jahres zu debattieren, als über die Soll-Zahlen. Die Soll-Zahlen

würden doch sehr stark von den Ist-Zahlen abweichen, wie die vergangenen Haushaltsjahre bewiesen haben, so der Landrat. In die Beratungen der Kämmerer werden künftig auch immer die vorläufigen Jahresabschlüsse einbezogen, um entsprechend reagieren zu können.

Frau KTA Esser wird namens der Grünen-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen, da es darum gehen müsse, alle Bedarfe und Leistungsfähigkeiten der Kommunen und des Landkreises in ihrer Gesamtheit zu betrachten und sich nicht auf einzelne Positionen, wie die Kita-Betriebskosten zu beschränken. Zu dem weiteren Punkt des CDU-Antrages, die Baumaßnahmen der Elisabeth-Kauffeld-Schule vor anderen schulischen Maßnahmen vorzuziehen, sehe sie als ungeeignet, da im Schulbereich schon einige Maßnahmen erheblich verschoben worden seien.

Herr KTA Chmielewski lehnt den Antrag seitens MMW/Die Linke ebenfalls ab, auch wenn er im Antrag in Teilen gute Ansätze sehe, was die Entlastung im Kita-Bereich angehe. Diese Entlastung sei jedoch auch entsprechend in die gesenkte Kreisumlage von 46 Punkten hineingerechnet. Es erfreue ihn, dass Kommunen und Landkreis hierbei nunmehr an einem Strang ziehen und im Einvernehmen zu diesem Ergebnis gekommen seien. Durch diese Einigung wurde für das kommende Haushaltsjahr eine solide Grundlage geschaffen, die er als Kreistagspolitiker gerne unterstütze.

Herr KTA Zillmer erläutert gegenüber dem Landrat, dass es ihm nicht um die Kreisumlage gehe, sondern darum, an dem Dauerbeschluss aus dem Jahr 2018 und der damit einhergehenden Garantie über den jährlichen Kita-Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1,7 Mio. Euro gegenüber der Städte und Gemeinden festzuhalten. Dieser Beschluss sei nicht aufgehoben worden und müsse daher im Haushalt 2021 Beachtung finden.

Auf Antrag wird über die 3 Punkte des Antrages einzeln abgestimmt.

Vor der Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion stellen Frau KTA Schlieper (namens der Mehrheitsgruppe SPD/Grüne/FDP) und der Landrat gemeinsam zu dessen Punkt 1 einen Gegenantrag. Zunächst lässt Herr KTV Pauluschke über Punkt 1 des dreiteiligen Antrages der CDU-Fraktion als weitergehenden Antrag abstimmen. Nach der mehrheitlichen Ablehnung unter Punkt 1 wird über den Gegenantrag der Mehrheitsgruppe und des Landrates abgestimmt (siehe TOP 9.8.1.1). Abschließend werden die Punkte 2 und 3 des CDU-Antrages abgestimmt.

Beschlüsse zum Antrag der CDU-Fraktion:

1. Senkung der Kreisumlage um 4 Punkte auf 46 Punkte; **exklusive** des Zuschusses für Kita-Betriebskosten in Höhe von 1,7 Mio. Euro
2. Einrichtung eines Arbeitskreises zwischen Landkreis und Kommunen unter Einbeziehung der Kreispolitik
3. Vorziehen der Baumaßnahmen an der Elisabeth-Kauffeld-Schule, so dass diese bereits in 2021 durchgeführt werden, anstatt in 2023 und andere Maßnahmen werden zurückgestellt.

Abstimmungsergebnisse:

zu 1. mehrheitlich abgelehnt

Ja:	12
Nein:	26
Enthaltung:	0

zu 2. mehrheitlich abgelehnt

Ja:	12
Nein:	26
Enthaltung:	0

zu 3. mehrheitlich abgelehnt

Ja:	7
Nein:	26
Enthaltung:	5

TOP 9.8.1.1 Antrag von Mehrheitsgruppe und Landrat zu Punkt 1 des Antrages der CDU-Fraktion (Gegenantrag zu TOP 9.8.1)

Nach der mehrheitlichen Ablehnung zu Punkt 1 des dreiteiligen CDU-Antrages (siehe TOP 9.8.1) lässt Herr KTV Pauluschke über den folgenden gemeinsamen Antrag der Mehrheitsgruppe und des Landrates abstimmen:

Beschluss zum Antrag von Mehrheitsgruppe und Landrat:

Senkung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2021 um 4 Punkte – **inklusive** des Zuschusses für Kita-Betriebskosten in Höhe von 1,7 Mio. Euro – auf 46 Punkte. (Der 1,7 Mio. Euro Kita-Betriebskostenzuschuss ist hierbei dauerhaft eingerechnet.)

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja:	26
Nein:	12
Enthaltung:	-

TOP 9.8.2 Antrag der Gruppe SPD/Grüne/FDP v. 29.11.2020 - Klimaschutzplan und Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel für Friesland (WTKF 09.12.)

Herr KTA Ratzel erläutert den Antrag der Mehrheitsgruppe noch einmal und hebt hierbei die Wichtigkeit der Beiträge zum Klimaschutz, aber insbesondere auch der notwendigen Maßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels, die Auswirkungen auf Landwirtschaft, Deichregionen, Tourismus, Katastrophenschutz (Hoch-/Vielwasserkatastrophen) werden. Für die Umsetzung sei geplant die Fachagentur KEAN (Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen), aber auch Gruppen und Einzelpersonen aus Gesellschaft und Politik einzubinden und darüber hinaus den Klimaschutzbeirat zu reaktivieren. Diese Planungen sollen mit 50.000 Euro im Haushalt 2021 unterstützt werden.

Frau KTA Sudholz erklärt namens der CDU die Ablehnung des Antrages in dieser Form. Grundsätzlich spreche nichts dagegen, Maßnahmen für den Klimaschutz und Klimawandel zu treffen, jedoch schlägt die CDU vor, die Umsetzung dessen in Form von einer Master-/ oder Bachelorarbeit an eine Hochschule abzugeben, die dies als Studie betreibe. In der Vergangenheit sei dieses Vorhaben bei anderen Projekten zwar erfolglos geblieben, solle aber in diesem Fall nicht davon abhalten, einen erneuten Versuch über die Hochschulen zu wagen, bevor dafür extra Kosten in den Haushalt eingestellt werden, um für diesen Zweck dann eine Beauftragung von Extern vorzunehmen. Die weiteren Planungen zu den Aktionsplänen/ Workshops etc. seien davon unberührt.

Herr KTA Chmielewski stimmt namens MMW/Die Linke dem Antrag zu, da er das Vorhaben Maßnahmen zum Klimaschutz/ Klimawandel zu treffen voll unterstütze. Diese wichtigen Themen seien besonders auch für die Jugendlichen von großer Bedeutung. Das gleiche gelte für die beiden anderen Anträge der Mehrheitsgruppe unter TOP 9.8.3 und 9.8.4.

Herr KTA Wilken spricht sich seitens der Grünen-Fraktion ebenfalls für diesen Antrag aus, da er gerade die Beauftragung einer solchen Fachagentur wie KEAN zu diesem Thema für sinnvoll erachte. KEAN kenne sich mit der Verwaltungsarbeit in Niedersachsen aus, entlaste damit die Kreisverwaltung an dieser Stelle und das hätte wiederum einen Synergieeffekt zur Folge.

Beschluss:

Klimaschutzplan und Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel für Friesland; hierzu: Einstellung von Planungskosten im Haushalt 2021 in Höhe von 50.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt bei 1 Enthaltung

Ja:	23
Nein:	14
Enthaltung:	1

TOP 9.8.3 Antrag der Gruppe SPD/Grüne/FDP v. 29.11.2020 - Integriertes Fahrradkonzept für den Landkreis Friesland (WTKF 09.12.)

Frau KTA Esser stellt den Antrag der Mehrheitsgruppe vor, für den 80.000 Euro an Planungskosten in 2020/ 2021 eingestellt werden sollen und für die künftigen Haushaltsjahre ab 2021 soll eine Haushaltsstelle „Fahrradkonzept“ mit jährlich 100.000 Euro eingebracht werden.

Herr KTA Zillmer schlägt hierzu vor, die bereits beauftragten oder vorhandenen Fahrradkonzepte einiger Kommunen abzuwarten und für den eigenen Zweck zu nutzen, bevor für den Landkreis ein eigenes Fahrradkonzept aufgelegt werde. Danach sei ein besserer Überblick über die erforderlichen Finanzen unter Einbeziehung der Ergebnisse der Städte und Gemeinden möglich.

Herr KTA Funke fordert eine Abstimmung zu einem Fahrradkonzept bzw. Radwegekonzept zwischen dem Landkreis und den Kommunen, die noch kein Konzept haben, denn wenn der Landkreis für diese Bereiche ein solches Konzept vorlege, würde sich dies für die Kommunen erübrigen.

Frau KTA Schlieper erläutert, dass hier kein Konzept für die Städte und Gemeinden erarbeitet werden solle, sondern die bestehenden Radwegekonzepte würden in das Fahrradkonzept des Landkreises nach Abstimmung mit den Kommunen integriert. Das integrierte Fahrradkonzept sei in erster Linie auf Pkw-Strecken ausgerichtet, die künftig durch das Fahrrad ersetzt werden könnten, um dadurch insbesondere Berufspendler zu motivieren, mehr mit dem Fahrrad, anstatt mit dem Auto zur Arbeit zu fahren. Dieses Vorhaben sei besonders durch die Zunahme von E-Bikes im Straßenverkehr angetrieben. Dafür müsse für mehr Verkehrssicherheit für die Fahrradfahrer gesorgt werden und es bedürfe eines kreisweiten Konzeptes, welches auch mit dem Landkreis Wittmund und der Stadt Wilhelmshaven abgestimmt werden solle, so Frau Schlieper.

Frau KTA Esser stellt noch einmal klar, dass es hierbei ein grundsätzliches Werteumdenken vom Auto- hin zum Fahrradverkehr stattfinden müsse. Der Fahrradnutzung müsse ein bei weitem höherer Stellenwert zugeordnet werden, als es bisher der Fall sei. Dies betreffe nicht nur den Radwegneubau, sondern auch Fahrrad-Abstellmöglichkeiten sowie Radwegebeleuchtungen, wofür der Landkreis gerade im Hinblick auf seine Schulen verantwortlich sei. Dies könne nur in enger Abstimmung mit den Kommunen umgesetzt werden.

Herr KTA Just hebt hervor, dass das Radfahren jedoch nicht nur für Berufspendler, sondern überwiegend eine Freizeitbetätigung der Bevölkerung darstelle und macht deutlich, dass es auf Kreisebene überaus wichtig sei, gerade im Zeitalter des E-Bikes, überörtliche Radwege zur Freizeitbetätigung und auch für touristische Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Frau KTA Sudholz zeigt seitens der CDU-Fraktion auf, dass die Antragsinhalte dem Positionspapier des Deutschen Landkreistages entsprechen. Sie gibt zu bedenken, dass bei dem Vorhaben eines Fahrradkonzeptes des Landkreises nicht klar sei, wie die Kommunen hierbei im Einzelnen aufgestellt sind. Es sei zu befürchten, dass die Kommunen, die noch kein eigenes Radwegekonzept erarbeitet haben, in Zugzwang geraten. Darüber hinaus seien die Höhen der zu veranschlagenden Planungskosten von 80.000 Euro und später der jährliche Haushaltsansatz von 100.000 Euro nicht nachvollziehbar und somit nicht deutlich, wie diese Kosten im Haushalt gedeckt werden, wie hoch die zu erwartende Förderung ausfallen werde und welche tatsächlichen Kosten entstehen. Von der Idee zur Gestaltung der Fahrradattraktivität und -sicherheit sei sie grundsätzlich nicht abgeneigt, schlage entgegen dem Antrag jedoch vor, wie im Positionspapier empfohlen, einzelne Pilotprojekte anzuschauen und auf die eigenen Bedürfnisse anzupassen. Aufgrund der genannten Unklarheiten aus dem Antrag, könne die CDU-Fraktion dem nicht zustimmen.

Herr KTA Funke wollte dem Antrag seitens der Fraktion Zukunft Varel zunächst zustimmen, jedoch nachdem dieser nun näher ausgeführt worden sei und er für sich keine Klarheiten über die Strukturen erlangen konnte, schließe er sich der CDU an und lehne ihn ebenfalls ab.

Herr KTA Ratzel macht noch einmal deutlich, dass der Zunahme des Fahrradverkehrs Rechnung zu tragen sei. Das Fahrrad werde immer beliebter, auch für die Fahrten mit dem Rad zur Arbeit. Die Radwegebeleuchtung sei an einigen Stellen im Kreisgebiet verbesserungswürdig, so dass der Landkreis hier Sorge zu tragen habe, dass die Hauptverkehrsverbindungen durch breitere Radwege, sog. Radschnellwege, usw., vor allem für das Fahren mit dem E-Bike gefahrlos möglich sei.

Herr KTA Homfeldt gibt zu bedenken, dass sich die Radwegekonzepte der Kommunen an einigen Stellen mit dem Konzept des Landkreises überbeschneiden würden und insgesamt die Kosten für ein

solches kreiseigenes Konzept nicht gerechtfertigt seien. Außerdem müsse die Zuständigkeit für die Maßnahmen zur Verbesserung der Radwegebeleuchtung zunächst geklärt werden, da diese zunächst bei den Städten und Gemeinden liege.

Herr KTA Zerth stellt den Antrag nach der Geschäftsordnung die Debatte zu beenden und die Abstimmung vorzunehmen.

Herr KTV Pauluschke lässt daraufhin über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Landkreis Friesland erarbeitet mit Hilfe eines Fachbüros ein integriertes Fahrradkonzept für den Landkreis Friesland.
2. In den Haushalt 2021 des Landkreises werden hierfür 80.000,--€ Planungskosten eingeplant.
3. Es wird darüber hinaus eine neue Haushaltsstelle „Fahrradkonzept“ eingerichtet, die ab dem Haushaltsjahr 2021 mit 100.000,--€ unterlegt wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja:	23
Nein:	15
Enthaltung:	-

TOP 9.8.4 Antrag der Gruppe SPD/Grüne/FDP v. 29.11.2020 - Umsetzung des Nahverkehrsplans (hierzu: Info-Vorlage des FB 61) - (WTKF 09.12.)

Frau KTA Schlieper stellt namens der Mehrheitsgruppe den Antrag vor und hebt dabei hervor, dass der Nahverkehrsplan zügig umzusetzen sei, damit der ÖPNV deutlich stärker genutzt werden könne (soweit dies coronabedingt möglich sei). Durch die Vereinfachung des Tarifsystems sollen günstigere Fahrten ermöglicht werden, gleichzeitig solle den Busunternehmen eine Sicherung der Einnahmen zugerechnet werden. Ein Teil der Einnahmen solle hierbei durch die Einführung der Jugendfreizeitkarte für junge Menschen bis 20 Jahren gesichert sein, wobei der Landkreis die Fahrkarten einkaufe und sie kostenlos den Jugendlichen bis 20 Jahren zur Verfügung stelle. Dieses Vorzeigeprojekt sei für den ÖPNV zukunftsorientiert, wie bereits der Nahverkehrsplan, so Frau Schlieper.

Frau KTA Sudholz spricht sich seitens der CDU-Fraktion für den Antrag aus, macht aber auch noch einmal deutlich, dass hierbei gewisse Ähnlichkeiten zu dem vormals gestellten Antrag der CDU auf kostenlose Schülerbeförderung bestehen, welcher seinerzeit weniger Zuspruch erhielt.

Herr Landrat Ambrosy verweist darauf, dass die kostenfreie Jugendfreizeitkarte einen völlig anderen Sachverhalt darstelle und eine erhebliche Verbesserung für alle Kinder und Jugendlichen zwischen 12 bis 20 Jahren bedeute.

Herr KTV Pauluschke lässt nach Zustimmung über die beiden Punkte des Antrages en bloc abstimmen.

Beschluss:

1. Für den ÖPNV wird zum 1.1.2021 ein neues Tarifsystem eingeführt.
In diesem System gilt:
 - Eine Gemeinde = eine Tarifzone
 - Die Reduzierung der Tarifzonen von 60 auf 7
 - Die Anwendung der Tarifzonen 1-7 auf das gemeindebezogene Tarifsysteem
2. Der Landkreis Friesland führt eine kostenfreie Jahresfreizeitkarte für Kinder und junge Menschen von 12-20 Jahren, die ihren Wohnsitz in Friesland haben, ein. Die Nutzung ist an Werktagen ab 14 Uhr sowie an Wochenenden, Feiertagen und in den Ferien möglich.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja:	38
Nein:	-
Enthaltung:	-

TOP 9.8.5 Antrag der Gemeinde Sande auf Übernahme von Kosten für die Bahnumfahrung Sande (WTKF 31.8./KA 16.9.; Kosten sind bereits im HH-Entwurf enthalten)

Herr KTA Zillmer teilt hierzu mit, dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen kann, da die Gemeinde Sande die finanziellen Mittel selber vorhalten müsse.

Beschluss:

Der Gemeinde Sande wird ein weiterer Zuschuss bis zur Höhe von 300.000 € (288.000 €) gewährt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt bei 2 Enthaltungen

Ja:	23
Nein:	13
Enthaltung:	2

TOP 9.8.6 Antrag von KTA Just (Freie Bürger) vom 11.12.2020 auf Senkung der Kreisumlage und der Nettoneuverschuldung

Herr KTV Pauluschke erklärt Punkt 1 des Antrages durch den bereits gefassten Beschluss für erledigt, so dass nur noch Punkt 2 zur Abstimmung stehe.

Herr KTA Just erläutert seinen Antrag auf Senkung der Nettoneuverschuldung durch Umplanungen bzw. Einsparungen in künftigen Jahren.

Frau KTA Schlieper entgegnet, dass die beantragten Einsparungsforderungen den abgestimmten und priorisierten Ausgaben im Haushalt, wie sie nach den Beratungen veranschlagt worden sind, widersprechen. Sie fordert zudem dazu auf, dann auch konkrete Vorschläge für Einsparungen und Umplanungen zu benennen.

Herr KTA Just führt aus, dass es für ihn eine Überforderung darstelle, die Gesamtausgaben des Landkreises über 4 Jahren zu überblicken, weshalb es ihm nicht möglich sei, konkrete Vorschläge an Einsparungen zu unterbreiten. Diese Aufgabe falle der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsaufstellung zu. Die mittelfristige Finanzplanung stelle das Konzept der Verwaltung dar, welche das Ziel verfolgen müsse, den Anstieg der Schulden zu begrenzen.

Herr Landrat Ambrosy erklärt hierzu, dass es nicht das Ziel sein werde, die veranschlagte Schuldenhöhe der mittelfristigen Finanzplanung am Ende zu erreichen, sondern diese so gering wie möglich zu halten. Zudem habe die Verwaltung entsprechende Einsparungen und Streichungen bereits vorgenommen, weit bevor der Haushalt gegenüber den Gremien vorgestellt werde. Aus rechtlicher Sicht sei es jedoch so, dass für die kommenden zwei Jahre kein Konsolidierungsprogramm vorliege, weil die finanzielle „Unwucht“ auf die Corona-Pandemie zurückgeführt werden könne. Die coronabedingten Maßnahmen in Höhe von rund 6 Mio. Euro pro Jahr entsprechen somit in Summe auf 4 Jahre den jährlichen Einsparungen. In der Vergangenheit habe der Landkreis bereits bewiesen, dass er in der Lage sei, einen Schuldenabbau in kürzerer Zeit vorzunehmen, als prognostiziert worden sei. Hierzu wird für die kommenden Jahre erforderlich sein, dass die konsumtiven Maßnahmen möglichst gesenkt werden, um mehr Investitionen mit langfristigen Erfolgen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft zu erzielen. Die geplanten Baumaßnahmen werden hierzu auf das Nötigste beschränkt, aber es sollten nicht nur in der wirtschaftlichen Krise Impulse in Form von Streichungen gesetzt werden, sondern es sollte auch Wort gehalten werden, so dass die Maßnahmen, die in den

Masterplänen, wie im Masterplan Schule, festgeschrieben seien, auch umgesetzt würden, so der Landrat. Er habe die Hoffnung, dass die Wirtschaft spätestens in einem Jahr wieder ans Laufen gebracht sein würde, wodurch mit Wirtschaftswachstumsraten gerechnet werden könne. Dabei dürfe keines Falls die Einnahmeseite außer Acht gelassen werden, aufgrund der damit einhergehenden Steuereinnahmen.

Herr KTA Chmielewski spricht sich grundsätzlich für Sparmaßnahmen aus, wenn diese angebracht seien. Im aktuellen Fall sei jedoch zunächst von einer Prognose die Rede, welcher Soll-Zahlen zugrunde gelegt werden. Die Veränderung dieser Zahlen bleibe aufgrund der Gesamtlage abzuwarten. Besonders weil die finanzielle Schiefelage auf dem Papier sichtbar sei, müsse jede zu treffende Maßnahme und entsprechende Ausgabe mit Bedacht getroffen, aber nicht übereilt gestrichen werden. In der jetzigen Situation sei er deswegen dagegen, diese Forderung an die Verwaltung richten.

Beschluss:

1. Die Kreisumlage wird entsprechend der Forderung aus den Kommunen auf 43,5 statt 46 Punkte gesenkt.

Anm. zu 1.: Herr KTV Pauluschke erklärt Pkt. 1 des Antrages für obsolet aufgrund der erfolgten Zustimmung zum Antrag von Mehrheitsgruppe u. Landrat auf Senkung der Kreisumlage um 4 Punkte auf 46 Punkte – unter TOP 9.8.1.1

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Investitionspläne von 2021 bis 2024 mit dem Ziel zu überarbeiten, die bisher geplante Nettoneuverschuldung von gut 50 Mio. € um die Hälfte, also 25 Mio. €, zu senken.

Abstimmungsergebnis:

zu 2. mehrheitlich abgelehnt bei 4 Enthaltungen

Ja:	10
Nein:	24
Enthaltung:	4

TOP 9.9 Stellenplan 2021 (als Bestandteil des Haushaltsbeschlusses; sh. hierzu auch Vorlage 1096 unter TOP 6.3 der nichtöffentlichen KT-Vorlagen)

Beschluss:

Der Stellenplan des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2021 – mit gesonderter Ausweisung der Stellen des in den Einrichtungen

- Volkshochschule und Musikschule Friesland – Wittmund gGmbH
- Rettungsdienst Friesland gGmbH
- Zweckverband Abfalldeponie Friesland/Wittmund
- Zweckverband Veterinäramt JadeWeser
- Zweckverband Leitstelle Friesland-Wilhelmshaven
- Zweckverband JadeWeserPark
- JadeBay GmbH

beschäftigten Personals des Landkreises wird, vorbehaltlich der unter dem nichtöffentlichen TOP 6.3 vertraulichen Bemerkungen und Hinweisen, in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Anm.: Es werden keine vertraulichen Bemerkungen oder Hinweise unter dem nichtöffentlichen TOP 6.3 gestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja:	37
Nein:	1
Enthaltung:	-

TOP 9.10 Gesamtabstimmung zum Haushaltsplan (Ergebnis- und Finanzhaushalt) und zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 (WTKF 9.12.)

Frau KTA Schlieper stimmt im Namen der Mehrheitsgruppe für den Haushalt. Sie weist darauf hin, dass dies die letzte Abstimmung in dieser Wahlperiode sei. Hierbei empfinde sie es als besonders betrüblich, dass seit 2016 jährlich ab September Streit zwischen Landkreis und Kommunen über die finanziellen Bedürfnisse und Belastungen entbrannt sei. Dafür sehe sie es als besonders positiv und als einen wichtigen Schritt in die Zukunft an, dass in diesem Jahr erstmals eine wichtige Einigung zwischen den Bürgermeister*innen und dem Landrat stattgefunden habe. Die Forderung sei weiterhin an die Bürgermeister*innen und die Kreisverwaltung zu richten, ein Zahlentableau zu erarbeiten, welches es ermöglicht, die Belastungen für das politische Geschehen nachzuvollziehen. Hervorzuheben sei auch, dass der Landkreis sich in den überregionalen Vergleichstabellen der letzten Jahre immer weiter nach oben gearbeitet habe. Die Wertsteigerung des Kreisumlagepunktes zeuge von einem Anstieg der Wirtschaftskraft. Der Landkreis halte für die Wirtschaft eine entsprechende Infrastruktur vor. Aus diesem Grund könne ein reines Sparverhalten nicht die Lösung sein, denn es müsse weiterhin in die Zukunft investiert werden. Mit der nötigen Haushaltsdisziplin könne erreicht werden, dass die Schulden am Ende geringer ausfallen als die bisherige Prognose. Der für das Jahr 2024 prognostizierte hohe Schuldenstand sei besorgniserregend, aber man dürfe nicht vergessen, dass dieser alternativlos im Zusammenhang mit den hohen Ausgaben für die erforderlichen Corona-Maßnahmen und der finanziellen Stärkung der Kliniken stehe. Aus diesem Grund sei die Entscheidung für Kreditaufnahmen gefallen, um die notwendigen Investitionen in die Schulen, Radwege, Breitbandausbau, Digitalisierung, ÖPNV sowie Neubau Kita Wangerooze zu realisieren – soz. als Investitionen in die Zukunft und die Menschen im Landkreis, die sie benötigen. Aus diesem Grund sei der Masterplan Schulen an keiner Stelle verändert worden, so dass auch künftig für eine gute Infrastruktur in den Schulen gesorgt sei. Das gleiche gelte für den Masterplan Straßen und Radwege. Auch hier handle es sich um zukunftssträchtige Maßnahmen und Infrastruktur. Hervorzuheben sei, dass der Landkreis zu 100 % hinter seinen Krankenhäusern an den beiden Standorten stehe, die besonders in der jetzigen Zeit die Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung absichern. Weiterhin sollen die heute beschlossenen Konzepte zur Weiterentwicklung des Landkreises dienen, so Frau Schlieper. Eine Kreisumlage mit 46 Punkten halte sie für fair und angemessen. Die 1,7 Mio. Euro an Kita-Betriebskostenzuschuss seien auf den ausdrücklichen Wunsch der Kommunen hin, als Kreisumlagepunkte umgerechnet und in die Senkung der Kreisumlage mit eingeflossen. Frau Schlieper richtet am Ende ihren großen Dank an den Krisenstab des Landkreises Friesland, der schwierige Situationen aufgrund von Corona-Maßnahmen zu bewältigen hatte und hat. Sie dankt auch allen Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung, die sich in diesen besonderen Zeiten außerordentlichen Belastungen, insbesondere in Zeiten des Schichtbetriebes, vermehrter Videokonferenzen und Fragen aus dem Kreistag gestellt haben. Hierbei seien die Menschen nicht zu vergessen, die es besonders schwer haben, wie auch die Menschen in den Einrichtungen sowie die dort tätigen Kräfte, die die Pflege und die Versorgung gewährleisten. Die Mehrheitsgruppe schließe sich jedem Punkt des Haushaltes an und stimme ihm zu.

Frau KTA Zerth schließt sich dem ersten Teil ihrer Vorrednerin an, dass es ein gutes Zeichen sei, wenn die Streitigkeiten zwischen Landkreis und Kommunen durch eine künftige Zusammenarbeit, wie sie in diesem Jahr erfolgreich stattgefunden habe, beigelegt werden können. Dennoch werde die AfD-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen, da dieser, auch durch die Anträge der Mehrheitsgruppe, Punkte zum Klimaschutz und Corona-Maßnahmen enthalte, die die AfD ablehne.

Frau KTA Bastrop übernimmt stellvertretend für Herrn Vorsitzenden Pauluschke die Sitzungsleitung für die Dauer seiner Abwesenheit.

Herr KTA Just bezieht sich ebenfalls auf die Streitigkeiten über die Kreisumlage, für die er objektive Gründe in der finanziellen Auseinanderentwicklung zwischen Landkreis und Kommunen sehe. In der Vergangenheit sei ein starkes Defizit der Leistungsfähigkeiten bei den Haushaltsentwicklungen zwischen Landkreis und Kommunen zu beobachten gewesen, wobei es dem Landkreis in der Vergangenheit immer besser gelungen sei die Schulden abzubauen und dennoch zu investieren, als den Kommunen. Es müsse sich mehr den Bedürfnissen der Städte und Gemeinden angenommen werden.

Herr KTV Pauluschke leitet wieder die Sitzung.

Herr KTA Homfeldt erläutert zu den Ausführungen von Frau Schlieper, dass die angesprochenen Streitigkeiten immer von demokratischer Natur gewesen seien, die in politischer Auseinandersetzung geführt worden sind. Dies sei auch die Grundlage seiner Ablehnung seitens der CDU für die Schwerpunktsetzung bei den Investitionen. Er stellt klar, dass die finanziellen Leistungen, die den Krankenhäusern zugesprochen worden seien, dank der Unterstützung durch den gesamten Kreistag ermöglicht wurden und nicht nur allein von der Mehrheitsgruppe.

Herr KTA Chmielewski erklärt, er stimme namens der Gruppe MMW/ Die Linke dem Haushalt zu, da es aus seiner Sicht keinen Grund gebe, ihn abzulehnen.

Frau KTA Sudholz ergänzt, dass viele der Entscheidungen des Kreistages auf die Einbringungen von Bürger*innen zurückzuführen sind, die sich stark für ihre Interessen, wie für die Oberschule Obenstrohe, engagiert haben.

Herr KTA Wilken bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für ihre Arbeitsleistung. Als wesentliche Probleme hebt er die Klimakrise und die Corona-Pandemie hervor. Diese und andere Themen, wie auch die Fahrradmobilität und der ÖPNV würden von den Abgeordneten seiner Gruppen als Themen aus der Bevölkerung aufgegriffen und umgesetzt. Besonders deswegen wurden die Präventions- und Beratungsdienste gestärkt. Dies seien Investitionen in die Zukunft, damit die nachfolgenden Generationen nicht nur Schulden abtragen, sondern auch intakte Schulen und Straßen vorfinden würden.

Herr KTA Neugebauer kündigt an, den Haushalt abzulehnen. Sein Bestreben sei jedoch darauf gerichtet, dass er durch die Ablehnung eine Überarbeitung des Haushaltes erreichen könne.

Herr KTA Zillmer äußert sich auf die Vorfrage hin, welche Punkte des Haushaltes die CDU nicht überzeugt hätten, dass die Ablehnung neben dem Kernthema Kita-Betriebskostenzuschuss, weitere maßgebliche Kostenbereiche beinhalte, wie die Infrastruktur- und Investitionsplanung. Aus diesem Grund könne die CDU-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen.

Die Haushaltssatzung 2021 wird inklusive Haushaltsplan (Ergebnis- und Finanzhaushalt) und Stellenplan 2021 (sh. TOP 9.9) in der vorliegenden Form verabschiedet:

Haushaltssatzung des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2021

Auf Grund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Kreistag des Landkreises Friesland in der Sitzung am 14.12.2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird

1. im **Ergebnishaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 1.1 der ordentlichen Erträge auf **206.968.244 Euro**
 - 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf **207.788.580 Euro**
 - 1.3 der außerordentlichen Erträge auf **0 Euro**
 - 1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf **0 Euro**

2. im **Finanzhaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit **202.757.637 Euro**
 - 2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit **195.444.581 Euro**

2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	2.890.850 Euro
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	25.237.015 Euro
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	14.000.000 Euro
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.938.800 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	219.648.487 Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	222.620.396 Euro

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **14.000.000 Euro** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf **10.028.000 Euro** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2021 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **20.000.000 Euro** festgesetzt.

§ 5

Der Umlagesatz der Kreisumlage wird auf **46,0 %** der Steuerkraftmesszahlen und der Gemeindeschlüsselzuweisungen festgesetzt.

Jever, den 14.12.2020

LANDKREIS FRIESLAND

(Ambrosy)
Landrat

Beschluss:

In der **Gesamtabstimmung** wird dem Haushaltsplan (Ergebnis- und Finanzhaushalt) und der Haushaltssatzung **inklusive Stellenplan** des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2021 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja:	23
Nein:	15
Enthaltung:	-

TOP 9.11 Jahresabschluss 2019 der Gesellschaft zur Förderung der Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis Friesland mbH (GzF); Verlustausgleich für das Wirtschaftsjahr 2019 (WTKF 9.12.); Vorlage: 1062/2020

Beschluss:

Der Gesellschaft zur Förderung der Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis Friesland mbH wird ein Zuschuss als Ausgleich für den im Jahr 2019 entstandenen Verlust in Höhe von 7.750,93 Euro gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja:	38
Nein:	-
Enthaltung:	-

**TOP 9.12 Fortgeltung der Kreistagsbeschlüsse vom 18.03., 20.05., 15.07. u. 7.10.2020;
a) Wertgrenze für die Vergabe von Aufträgen über Lieferungen u. Leistungen
b) Unerheblichkeitsgrenze für über- und außerplanmäßige Aufwendungen/
Auszahlungen (WTKF 9.12.); Vorlage: 1103/2020**

Beschluss:

Der Verlängerung der Geltung der erhöhten Wertgrenzen bis zum nächsten Kreistag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (3 Abwesenheiten)

Ja:	23
Nein:	12
Enthaltung:	-

TOP 9.13 Bildung von Wahlbereichen für die Kommunalwahl am 12. September 2021 gem. § 7 Abs. 5 Nds. Kommunalwahlgesetz (NKWG); Vorlage: 1095/2020

Beschluss:

Für die anstehende Kommunalwahl am 12. September 2021 werden im Wahlgebiet des Landkreises Friesland vier Wahlbereiche wie folgt gebildet:

- I: Varel
- II: Bockhorn und Zetel
- III: Sande und Schortens
- IV: Jever, Wangerland und Wangerooge

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja:	36
Nein:	-
Enthaltung:	-

(2 Abwesenheiten)

TOP 9.14 Bestimmung Kreiswahlleitung und Stellvertretung für die Kommunalwahl 2021; Vorlage: 1094/2020

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Friesland beruft nach § 9 Abs. 3 Ziff. 4 NKWG für die Kommunalwahl 2021 Frau Erste Kreisrätin Silke Vogelbusch zur Kreiswahlleiterin und Herrn Kreisrat Bernd Niebuhr zum Stellvertretenden Kreiswahlleiter.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja:	36
Nein:	-
Enthaltung:	-

(2 Abwesenheiten)

TOP 10 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Alle Beschlüsse stehen bereits auf der Tagesordnung.

TOP 11 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 11.1 Jugendhilfeausschuss vom 3. Nov.

TOP 11.2 Ausschuss für Schule, Sport und Kultur vom 17. Nov.

TOP 11.3 Ausschuss für Arbeit und Soziales vom 24. Nov.

TOP 11.4 Ausschuss für Bauen, Feuerschutz und Mobilität vom 26. Nov.

TOP 11.5 Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 1. Dez.

TOP 11.6 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 9. Dez.

Von TOP 11.1 – 11.6 werden keine Fragen oder Anmerkungen gestellt.

TOP 12 Informationen aus dem Jugendparlament

Keine

TOP 13 Mitteilungen des Landrates

TOP 13.1 Wahrnehmung von Nebenämtern und Nebentätigkeiten durch den Landrat (§ 81 Abs. 5 NKomVG); Vorlage: 1101/2020

Begründung:

Gem. § 81 Abs. 5 NKomVG teilt der HVB der Vertretung innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des ersten Jahres seiner Amtszeit schriftlich oder durch ein elektronisches Dokument mit, welche anzeigepflichtigen Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst oder diesen gleichgestellten Nebentätigkeiten und welche auf Verlangen nach § 71 NBG übernommenen Nebentätigkeiten er zu diesem Zeitpunkt ausübt. In der Mitteilung müssen gem. § 81 Abs. 5 Satz 2 NKomVG die zeitliche Inanspruchnahme durch die Tätigkeit, die Dauer der Tätigkeit, die Person des Auftrag- oder Arbeitgebers sowie die Höhe der aus diesen erlangten Entgelte oder geldwerten Vorteile angegeben werden.

Die neue Amtszeit begann am 01.11.2019, so dass diese (gesetzliche) Mitteilung im Zeitraum 01.11.2020 bis spätestens 31.01.2021 zu erfolgen hat.

Eine Beratung über diese Mitteilung darf nur in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen. Eine Beratungspflicht des Kreistages gibt es jedoch nicht. Diese mitgeteilten Nebentätigkeiten sind ohne nähere Einzelheiten innerhalb von 3 Monaten nach der Mitteilung ortsüblich bekannt zu machen. Nebentätigkeitsrechtliche Vorschriften bleiben unberührt.

In der Anlage ist die „Mitteilung des Hauptverwaltungsbeamten an die Vertretung gemäß § 81 Abs. 5 Sätze 1 und 2 NKomVG“ beigefügt. Der Kreistag wird diesbezüglich um Kenntnisnahme gebeten. Zur Kenntnis beigefügt ist darüber hinaus eine Auflistung der Zuordnung der vom Landrat Ambrosy wahrgenommenen Tätigkeiten nach Hauptamt, Ehrenamt und Nebenamt.

Beschluss:

Die anliegende Mitteilung des Hauptverwaltungsbeamten über seine Nebentätigkeiten (Stand 24.11.2020) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zustimmend zur Kenntnis genommen

Ja:	36
Nein:	-
Enthaltung:	-

(2 Abwesenheiten)

TOP 14 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

Keine

TOP 15 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

Keine

TOP 16 Anregungen und Beschwerden

Keine

Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr KTV Pauluschke schließt die öffentliche Sitzung um 17:25 Uhr unter Verabschiedung der Pressevertreter und der Bürger*innen mit besten Wünschen für ein schönes Weihnachtsfest, viel Glück und vor allem Gesundheit. Seinen Dank für die Zusammenarbeit richtet er an die Kreistagsmitglieder verbunden mit einem besonderen Dankeschön an die Verwaltungsmitarbeiter*innen und Dezernent*innen.

gez. Bernd Pauluschke
Kreistagsvorsitzender

gez. Sven Ambrosy
Landrat

gez. Britta de Vries
Protokollführerin